

Auf dem Weg zu einer pluralistischen Gesellschaft

*Rede auf dem Neujahrsempfang des Forums der Kulturen,
Stuttgart*

Riem Spielhaus

Sehr geehrte Damen und Herren,

als das Forum der Kulturen mich im letzten Jahr für diese Rede anfragte, trafen sich gerade einmal wenige hundert Demonstranten auf Dresdner Montagsdemonstrationen. Auch wenn Meinungsforscher seit einigen Jahren warnten, dass in Deutschland wie in anderen westeuropäischen Ländern ein beträchtliches Potential für populistische islamfeindliche Stimmung mobilisierbar sei, kam es für viele überraschend, dass die Angst vor der vermeintlichen Islamisierung des Abendlandes innerhalb weniger Wochen zehntausende bei Schneeregen auf die Straßen der sächsischen Hauptstadt treiben würde. Und schließlich die Anschläge von Paris Anfang 2015. Die letzten Wochen des alten Jahres und die ersten Tage des Neuen, haben uns die großen Aufgaben für 2015 und folgende Jahre sichtbar gemacht.

Mehrere Studien über die Einstellungen der Bevölkerung Deutschlands zeigten – deutlich vor „Pegida“ – dass etwa 20-25 Prozent der Bevölkerung mit dieser wachsenden gesellschaftlichen Vielfalt ein Problem hätten - und das längst nicht nur in Sachsen.

In unserem Land zeigt sich ein Widerspruch, wie die jüngst veröffentlichten Sonderauswertung des Religionsmonitors der Bertelsmann Stiftung verdeutlicht:

Auf der einen Seite sehen sich Deutschlands Muslime stark in dieser Gesellschaft verankert. Für sie sind die Werte unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung selbstverständlich und sie haben oft und gerne Kontakt zu Nicht-Muslimen. Dieser Befund widerlegt das oft gehörte Vorurteil, dass sich Muslime in Parallelgesellschaften einrichten würden.

Auf der anderen Seite lehnen 57% der Befragten in Deutschland den Islam ab. Die Ablehnung ist übrigens dort am größten, wo am wenigsten Muslime leben. Dieses Phänomen sehen wir aktuell auch bei den PEGIDA-Demonstrationen. Je mehr Kontakte und Begegnungen es aber mit Muslimen gibt, desto geringer ist die Ablehnung des Islams. Wie der Religionsmonitor der Bertelsmann Stiftung feststellt, haben zwei Drittel der Befragten überhaupt keinen Kontakt zu Muslimen. Denn auf der Basis von Unkenntnis sind leichter Vorbehalte zu schüren!

Es gilt also mehr Gelegenheiten für Begegnungen zu schaffen, in denen Muslime und Nicht-Muslime in ihrer Nachbarschaft und im Alltag zusammenkommen. Dann kann deutlich werden, dass die Trennlinie nicht zwischen Muslimen und Nichtmuslimen verläuft.

Der Riss geht ja gerade nicht, wie die selbst ernannten patriotischen Europäer glauben und die Terroristen in Paris und anderswo uns weismachen wollen zwischen Muslimen und Nichtmuslimen. Dafür stehen Ahmet Merabet, der Polizist, der beim Versuch den Karikaturisten von Charly Hebdo zu beschützen erschossen wurde und der Angestellte des koscheren Supermarktes, der mehreren Geiseln das Leben rettete.

Das Leben in Vielfalt stellt uns alle vor vielfältige Herausforderung! Eine Pluralistische Gesellschaft - also eine, die positiv mit Vielfalt umgeht – bedeutet Arbeit. Umgang mit Ambiguitäten, Vieldeutigkeiten und Diversität kann und muss gelernt und vermittelt werden.

Probleme und Konflikte gilt es nicht auszublenden oder zu ignorieren, auch nicht aufzubauschen und zur Ab- oder Ausgrenzung zu nutzen sondern es gilt Konflikte und Probleme gemeinsam zu lösen. Und das scheint in den vergangenen Jahren noch zu wenig gelungen zu sein.

Eine Einwanderungsgesellschaft ist kompliziert, sie ist nicht selbsterklärend und nimmt nicht alle Bürger automatisch mit.

Wir müssen uns also gemeinsam sehr viel intensiver als bisher mit der Frage auseinandersetzen, wie wir alle in diese Gesellschaft einbeziehen können, wie keiner abgehängt wird und man den Spaltern die Argumente nehmen kann. Der Rat für Migration, fordert deshalb „eine Leitbild-Kommission für das Einwanderungsland, die ein Konzept entwickelt, das die gesamte Gesellschaft einbezieht“.

Ein Integrationskonzept für die gesamte Gesellschaft muss auch die Integrationsdefizite in der Mitte der deutschen Gesellschaft thematisieren und gegen Feindlichkeiten gegenüber Muslimen, Flüchtlingen, Roma und anderen Minderheiten angehen. Aber eben auch eine Sensibilität dafür haben, dass sich manche Menschen angesichts der Veränderungen in ihrem Umfeld nicht mehr oder zumindest weniger zugehörig fühlen. Integration wird also zu einem Thema, das nicht nur Menschen mit Einwanderungsgeschichte oder Migrationshintergrund betrifft, sondern auch solche, die ohne ausländische Vorfahren soziale Marginalisierung erfahren oder Angst vor einem Abstieg haben.

In Einwanderungsländern wie Kanada oder den USA werden seit langem immer wieder das Leitbild, also das öffentlich verlautbarte Selbstbild verhandelt.

Nachdem Bundeskanzlerin Merkel bekräftigte, dass der Islam zu Deutschland gehöre, wird die Frage wieder diskutiert. Die Muslime ja, der Islam nein, sagt wieder so manch einer. Wenn Angehörige einer Religion in einem Land leben, dessen Verfassung Religionsfreiheit in Wahl der Religion und ihrer Praxis vorsieht, dann scheint mir doch zwingend die Religion dieser Menschen in und zu diesem Land zu gehören.

Vielmehr noch stellen sich dann ernsthafte Fragen für Politik und Verwaltung: sie muss nicht nur dafür Sorge tragen, dass eine religiöse Minderheit und deren Gotteshäuser unversehrt bleiben. Sie ist aufgefordert dafür Sorge zu tragen, dass die Religion umfassend praktiziert werden kann. Dazu gehören auch das freitägliche Gemeinschaftsgebet und eine seelsorgerische Betreuung für Gefängnisinsassen, ein Angebot von Halalspeisen im Seniorenheim oder die Möglichkeit nach islamischem Ritus ohne Sarg und nach Mekka ausgerichtet bestattet zu werden.

Neben der mit viel Aufmerksamkeit bedachten Deutschen Islam Konferenz haben sich in einigen Bundesländern in den letzten zehn Jahren Gesprächsforen zwischen der Verwaltung und muslimischen Interessenvertretung auf Landes- und kommunaler Ebene gebildet, die eben diese Themen beraten. In Hamburg und Bremen haben diese Beratungen zu Verträgen zwischen dem Bundesland und den islamischen Verbänden geführt, Niedersachsen hat einen Vertrag über die Gefängnisseelsorge abgeschlossen und Berlin hat vor einigen Jahren begonnen, verschiedene Gesetze so umzugestalten, dass beispielsweise die Bestattung nach islamischem Ritus auf kommunalen Friedhöfen möglich ist.

Der Mitte Januar in Dresden getötete Khaled Idris Bahray wurde am vergangenen Wochenende in Berlin nach islamischem Ritus beigesetzt, In der sächsischen Landeshauptstadt gibt es zwar ein Grabfeld für Muslime, aber eine Bestattung nach islamischem Ritus ohne Sarg ist in Sachsen ist das – wie in den meisten Bundesländern – nicht möglich. Hier zeigt sich dringender Handlungsbedarf.

Die Anerkennung eines islamischen Verbandes als Körperschaft öffentlichen Rechts ist bisher lediglich in Hessen durch die Verleihung dieses Status an die Ahmadiyya Muslim Jamaat durch das Kultusministerium erfolgt. Ebenfalls in Hessen wurde die DITIB als Religionsgemeinschaft im Sinne des Grundgesetzesartikels 7 Abs. 3 als Partner des Landes in der Erteilung des islamischen Religionsunterrichts anerkannt. Und auch im Rahmen der Schließung der Verträge in Hamburg wurden die Partner der Landesregierung jeweils als Religionsgemeinschaften eingeschätzt.

In dem Streben muslimischer Vertreter um die Anerkennung des Islams in Deutschland drückt sich die Sehnsucht nach gesellschaftlicher Wertschätzung, nach der Gleichstellung mit etablierten Religionsgemeinschaften, sowie das ganz grundlegende Bedürfnis nach Zugehörigkeit und einem Bekenntnis zur dauerhaften Präsenz von Muslimen in diesem Land.

Im Fall von Religionsgemeinschaften berührt dies insbesondere Aspekte der Religionsausübung und der gesellschaftlichen Beteiligung im lokalen Stadtteil, in der Sozial- und Jugendarbeit, in der Notfallseelsorge, aber auch in der Wohlfahrtspflege.

Der Islam bzw. konkret islamische Organisationen werden zunehmend – vor allem in rechtlichem Sinne - anerkannt. Allerdings stellt sich das Gefühl der gesellschaftlichen Anerkennung erst ein, wenn diese rechtliche Anerkennung mit Leben gefüllt wird und mit Wertschätzung einhergeht.

Zum Beispiel mit einer Wertschätzung für die tägliche Arbeit in islamischen Gemeinden wie bei der Jugendarbeit, der Hausaufgabenhilfe, der Vermittlung solider theologischer Kenntnisse – die wie wir wissen nicht nur die Spiritualität stärken sondern auch ein gutes Rüstzeug gegen Demagogen und extremistische Rattenfänger sind.

Islamische Gemeinschaften tragen in ihrer Arbeit bisher weitgehend unbemerkt in vielerlei Hinsicht zum Gemeinwohl in Deutschland bei und mussten sich bisher nicht selten anhören, dass sie dabei doch nur Jugendliche für den Extremismus rekrutierten. Dass auch in Deutschland Jugendliche dafür geangelt wurden, in Irak, Pakistan und Syrien als Kanonenfutter herzuhalten, lässt sich nicht bestreiten. Aber die Generalität solcher Aussagen, wie wir sie häufig in Zeitungen lesen und jüngst auf Demonstrationen hören müssen, geht an der Realität in den Moscheen dieses Landes weit vorbei. Hier sind die meist Ehrenamtlichen Vorstände nicht nur damit beschäftigt, monatlich die Miete und die

Stromkosten zusammenzubekommen, sie sammeln Spenden für Flutopfer und Flüchtlinge und setzen sich zudem noch mit Angriffen von denen auseinander, die sie als zu lasche Muslime verunglimpfen und bedrohen. Muslime – das sei hier noch einmal hervorgehoben – Muslime stellen die meisten Opfer sich auf den Islam berufender Extremisten. Die Terroristen des selbst ernannten Islamischen Staates zielen darauf ab, ihre sehr enge Vorstellung eines gottesgerechten Lebens allen vorzuschreiben, und damit bedrohen sie die interreligiöse Vielfalt im Nahen Osten UND die innermuslimische Pluralität.

Sie vertreten ein Bild des Islams, das sich ideal mit den Vorstellungen Geert Wilders, der Webseite Politically Incorrect oder von PEGIDA deckt. Angesichts der medialen Übermacht von Enthauptungsvideos und PR-technisch brillanten Inszenierungen, die der ganzen Welt vermitteln soll, der Islam sei eine gewalttätige, übermächtige Religion fühlt sich so manch ein Muslim, so manch eine Muslimin hier vor Ort ohnmächtig, wenn sie ihren Nachbarn, Schulkameraden und Partnern im interreligiösen Dialog oder gar den Medienvertretern erklären soll, das sie oder ihr Glaube damit nichts zu tun haben soll.

Die Attentäter des 7.1.2015 in Paris wollten uns glauben machen, die Grenze zwischen Terror und friedlichem Leben verlief zwischen Muslimen und Nichtmuslimen. Ihre Taten sahen es darauf ab, einen Spalt in unsere Gesellschaften zu treiben und vorhandene Vorurteile zu stärken. Wenn wir ihnen diesen Gefallen tun, haben sie gewonnen. Wenn Muslime weiter marginalisiert werden, muslimische Jugendliche noch weniger Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben, wenn unser aller Grundrechte noch weiter eingeschränkt werden, dann haben die Extremisten gewonnen. Je weniger integriert Muslime in die Gesellschaft sind, je mehr sie ausgegrenzt werden, je weniger Zukunftsperspektive sie haben, desto einfacher ist es, sie gegen diese Gesellschaft aufzubringen, dagegen zu mobilisieren und für Selbstmordkommandos zu rekrutieren.

Die vergangenen zwei Wochen haben gezeigt, dass es andere Wege gibt, auf derartige Angriffe auf unsere plurale Gesellschaft zu antworten. Nicht mit einem auseinanderdriften, nicht damit, wachsendem Misstrauen Raum zu geben, sondern im Gegenteil aufeinander zuzugehen, GEMEINSAM gegen Terror und Extremismus zu stehen. Vor zwei Wochen stand ich in Berlin vor dem Brandenburger Tor bei der Mahnwache in Gedenken der Anschläge in Paris, wo zuerst eine Koranrezitation und dann der Bundespräsident zu hören war. Auf die Einladung islamischer Dachverbände war neben ihm und der Kanzlerin fast das gesamte Bundeskabinett sowie namhafte Vertreter der Parteien und der abrahamitischen Religionen gefolgt. Sie standen hinter dem Vorsitzenden des Zentralrats der Muslime als er vor der französischen Botschaft einen Kranz in Gedenken an die Toten der Anschläge in Paris niederlegte. So etwas hatte es zuvor nicht gegeben. Bundespräsident Gauck sagte an die Attentäter gerichtet: Euer Hass ist unser Ansporn...

Nicht alle Teilnehmer der Mahnwache am Pariser Platz in Berlin fanden die Karikaturen von Charlie Hebdo gut. Einige fanden die Darstellungen des Propheten beleidigend und sähen sie lieber verboten, aber einheitlich stellten sie sich gegen das Mittel der Gewalt, um derartige Kontroversen auszutragen. Die einen trugen Schilder, mit der Aufschrift ‚Je suis Charlie‘, andere identifizierten sich nicht mit den ermordeten Karikaturisten sondern mit dem Polizisten Ahmet Merabet, der kaltblütig bei dem Versuch erschossen wurde, die Zeitungsredaktion zu schützen. Und auch der Mitarbeiter des Supermarktes, der mehreren Geiseln das Leben rettete, ein Flüchtling übrigens, zeigt uns, dass die Trennlinie nicht zwischen Muslimen und Nichtmuslimen verläuft sondern zwischen denen, die Unterschieden

in der Religion, in der Lebensweise und in den Meinungen nicht aushalten wollen und denen, die friedvoll in Vielfalt und Respekt miteinander leben möchten.

Und dennoch haben viele Muslime verstanden, dass Anschläge wie der in Paris in ihrer Umwelt Fragen aufwerfen. Dass sie sich klar positionieren müssen und verspürten das Bedürfnis, ihren Mitmenschen sichtbar ihr Mitgefühl auszudrücken.

Bundesweit gab es viele weitere kleinere durchaus kreative Initiativen, in denen Muslime ihre Position deutlich machten. So hielten die Imame des Deutsch-Islamischen Vereinsverbandes Rhein-Main e.V., der Imamunion Rhein Main e.V. und des Rates der Imame und Gelehrten in Deutschland e.V. am 12. Januar eine Mahnwache vor dem französischen Generalkonsulat in Frankfurt am Main für die Opfer der Terrorataten in Frankreich ab, verurteilten den Anschlag auf die Satire-Zeitung "Charlie Hebdo" und den jüdischen Supermarkt scharf und riefen dazu auf, nicht mit Gewalt auf anti-islamische Ausschreitungen oder Anschläge zu reagieren. Mehr Dialog müsse die Antwort sein!

Die Gemeinden des islamischen DITIB-Verbandes gingen nach dem letzten Freitagsgebet bundesweit vor und zum Teil in die Medienredaktionen ihrer Umgebung, wie zur RTL-Redaktion in Köln oder der BILD-Zeitung in Berlin, in München und in Nürnberg. „Jeder müsse die Freiheit haben, seine Meinung zu sagen und zu veröffentlichen, ohne um sein Leben fürchten zu müssen“ demonstrierten in dieser Initiative für Presse- und Meinungsfreiheit.

Dazu gehört auch die Initiative mit dem Hashtag Not In My Name, mit dem Muslime sagen: „Wir lehnen es entschieden ab, dass Verbrecher während ihrer Mordtaten den Namen Allahs anrufen. Kein Muslim kann sich zur Rechtfertigung seiner Verbrechen auf den Namen Allahs berufen.“

In einer Einwanderungsgesellschaft zu leben bedeutet aber auch, die Geschichte zu teilen, egal ob man seit vielen Generationen in dieser Erfahrungsgemeinschaft lebt, oder neu hinzu gekommen ist. Berliner Jugendliche der Initiative Jung, Muslimisch, Aktiv – kurz JUMA, tun das, wenn sie gemeinsam Stolpersteine reinigen und im Vorfeld dazu die Geschichten der mit den Steinen Erinnerungten recherchieren und einander erzählen.

Bundespräsident Gauck wies heute im Deutschen Bundestag darauf hin: „Es gibt keine deutsche Identität ohne Auschwitz. Die Erinnerung an den Holocaust bleibt eine Sache aller Bürger, die in Deutschland leben.“ Das gilt gerade auch an einem Tag wie heute! Es bedeutet *gemeinsam* Verantwortung zu übernehmen.

Wenn die Kommunen auf islamische Gemeinden zugehen und mit ihnen beraten, wie Jugendliche Flüchtlinge besser betreut werden können und mit ihnen gemeinsam Pflegeeltern suchen, dann haben wir meiner Meinung nach eine Ebene der Zusammenarbeit gefunden, die der gesamten Gesellschaft etwas bringt – so wie ich es gestern hier in Stuttgart erlebt habe.

Ein Blick auf die Meinungsumfragen in Köln oder Stuttgart zeigt uns, dass hier ein ähnlich großes Potential in der Bevölkerung von Menschen besteht, die mit der Veränderung der Gesellschaft nicht klar kommen. Und dennoch war PEGIDA hier nicht erfolgreich und sah sich vielmehr einem klaren Bekenntnis gesellschaftlicher Kräfte zur religiösen und ethnischen Vielfalt in ihrer Stadt gegenüber. Hier scheint ein großes Bündnis der Vielfalt bejahenden Bürgerinnen und Bürger zu bestehen, die bereits in Netzwerken

zusammenarbeiten und in Kürze mehrere Tausend Demonstranten zusammenbringen können, wie die von 140 Vereinen und Initiativen getragene Kundgebung am 5. Januar hier in Stuttgart zeigte. Eine solche Mobilisierung der Zivilgesellschaft basiert auf nachhaltigen Strukturen – in denen Menschen gegenseitiges Vertrauen aufgebaut haben und einander kennen.

Auch in der Geburtsstadt von Pegida versammelten sich rund um die Frauenkirche dem Veranstalter zufolge über 25.000 Menschen – und zeigten, dass Dresden nicht ausschließlich Pegida ist. Sie haben ein Konzert für ein „weltoffenes und buntes Dresden“ auf die Beine gestellt, bei dem am Montagabend 250 Künstler ohne Gage auftraten, unter ihnen Herbert Grönemeyer und der Reggae-Sänger Gentleman.

Es ist anzunehmen, dass noch so erfolgreiche Demonstrationen gegen 'Pegida' und auch die sichtbarsten Akte muslimischer Solidarisierung mit den Opfern von Paris die Skepsis gegen eine sich verändernde Gesellschaft nicht einfach aufheben werden.

Wenn Zehntausende Demonstranten gegen die vermeintliche Islamisierung des Abendlandes auf die Straßen gehen, lässt sich die skeptische Stimmung gegenüber religiöser Pluralität nicht allein mit Gegendemonstrationen aus der Welt schaffen. Der wachsenden Polarisierung der Gesellschaft müssen, alle die an einem Zusammenleben in Vielfalt interessiert sind, nachhaltig begegnen.

Es besteht ein großer Diskussionsbedarf. Und wir brauchen ein breites Bündnis aller gesellschaftlichen Kräfte, die an einem friedlichen Zusammenleben interessiert sind.

Gemeinsam müssen wir diskutieren, wie Deutschland in Zukunft aussehen soll. Welche Visionen gibt es für dieses Land in einer globalisierten, von Migration und religiöser Vielfalt geprägten Welt? Diejenigen, die vor Anhängern bestimmter Religionen warnen, müssen sich der Frage stellen, was das Verfassungsprinzip Religionsfreiheit noch bedeutet, wenn es *einer* Religionsgemeinschaft abgesprochen werden kann? Und wir alle zusammen müssen uns die Frage stellen, wie wir die Probleme unserer Zeit und unserer Gesellschaft gemeinsam angehen können. Wie dabei unsere Probleme eben nicht zu Differenzmarkern umfunktioniert werden, die Unterschiede verschärfen, sondern Lösungen gefunden werden, die das Leid der Opfer von Ausgrenzung, Marginalisierung oder häuslicher Gewalt und Jugendarbeitslosigkeit lindern und ihre Handlungsfähigkeit stärken und damit auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wie kann es also gelingen, nicht einzelne Gruppen zu stigmatisieren und die Verantwortung für ihre Probleme auf sie abzuwälzen, sondern die gesellschaftlichen Handlungsoptionen auszuloten und Gemeinsinn zu mobilisieren.

Denn wir leben in einer pluralen, einer vielfältigen Gesellschaft. Es gilt heute und in der Zukunft, sie pluralistisch zu gestalten.